



# Brief aus Berlin

Neues aus der Bundespolitik von Ihrer Abgeordneten Dr. Anja Weisgerber

Liebe Leserinnen und Leser,

viele Themen beschäftigen uns derzeit im Bundestag. Vergangene Woche haben wir über Konsequenzen aus dem rechtsextremistisch motivierten Terror von Hanau diskutiert. Wir dürfen nicht zulassen, dass Hass und Hetze unsere Gesellschaft spaltet.

Die Entwicklung der Coronavirus-Krise war Thema einer Regierungserklärung von Gesundheitsminister Spahn. Und auch der Koalitionsausschuss hat die Weichen für unsere Wirtschaft gestellt, damit aus der Corona-Krise keine Wirtschaftskrise wird.

Darüber hinaus setzen wir uns beim Thema Düngeverordnung und Nitratmessstellen in unzähligen Gesprächen für unsere Landwirte ein. Dazu brauchen wir keinen Antrag der Opposition, der uns dazu auffordert, sondern wir machen das einfach, unaufgefordert. Das ist weniger medienwirksam, aber bringt tatsächliche Resultate.

Herzliche Grüße,

Dr. Anja Weisgerber MdB



Video zur Düngeverordnung  
Wir kämpfen  
für unsere Bauern > S. 5



Diskussion über Finanzierung  
Ganztagsbetreuung  
für Grundschüler > S. 6



CSU will Vereine entlasten  
Ehrenamts-Flatrate  
für GEMA-Gebühren > S. 7

Treten Sie mit mir in Kontakt:





## Koalition: Medizinische Schutzmaßnahmen und Paket für die Wirtschaft CSU für Sicherung von Arbeitsplätzen

Der Koalitionsausschuss der Großen Koalition hat auf Initiative der CSU entscheidende Maßnahmen zur Wirtschaftspolitik und zum Schutz der EU-Außengrenzen beschlossen.

**Aus der Corona-Krise darf keine Wirtschaftskrise werden. Natürlich gilt die erste Sorge der medizinischen Versorgung. Wir wollen aber auch Arbeitsplätze erhalten und Arbeitnehmern und Arbeitgebern Planungssicherheit geben.** Die CSU hat folgende Punkte durchgesetzt:

- Kurzarbeitergeld verbessern: Wir senken die Voraussetzungen für den Bezug und erweitern die Leistungen.
- Investitionen auf Rekordniveau stärken: Wir verstärken Investitionen des Bundes in den Jahren 2021 bis 2024 jeweils um 3,1 Mrd. Euro und bauen so vereinbarte Investitionspfade aus; wir ermöglichen neue Prioritäten in Höhe von insgesamt 12,4 Mrd. Euro.
- Unternehmen zur Seite stehen: Wir gewähren Bürgschaften und Steuerstundungen für betroffene Branchen. Unser Ziel bleibt: Soli vollständig abschaffen.



Gerade der Mittelstand braucht jetzt Unterstützung, damit aus einer unverschuldeten Delle keine Existenzprobleme werden. Die beschlossenen Hilfen können schnell und direkt wirken. Der CSU-Chef Markus Söder hält fest: „Die Groko handelt in der Corona-Krise. **Wir haben neben medizinischen Schutzmaßnahmen auch ein großes Hilfspaket für die deutsche Wirtschaft vereinbart.** Das Paket gibt nachhaltige Antworten auf die drohenden konjunkturellen Probleme in Deutschland. Wir wollen keine kleine, sondern eine große Lösung. Wie bei der Finanzkrise 2008 müssen wir mit allen Mitteln dagegen angehen, dazu gehören auch Bürgschaften und andere Liquiditätshilfen.“

Auch das Thema Migration wurde im Koalitionsausschuss besprochen. Klar ist: 2015 darf sich nicht wiederholen. **Die EU-Außengrenzen müssen stabil geschützt werden.** Die Handlungsmaxime der CSU, wonach „Humanität und Ordnung“ in Balance gebracht werden müssen, wird von immer mehr Parteien kopiert.

CSU-Generalsekretär Markus Blume stellt klar: „Asyl- und Migrationsfragen werden an der Außengrenze entschieden. Daher müssen diese Außengrenzen stabil und sicher sein. Das heißt: **Keine Alleingänge in Europa, keine falschen Signale und keine machtpolitischen Spielchen auf dem Rücken der Migranten.** Unsere Leitplanken sind unverändert: Humanität und Ordnung.“

Deutschland ist bereit zu helfen, aber nicht in Form von Kontingenten, sondern in begründeten humanitären Einzelfällen. Deutschland wird sich anteilig an der Aufnahme von 1.000 bis 1.500 Flüchtlingskindern, die medizinische Hilfe brauchen oder unbegleitet sind, beteiligen.



## Bundestag debattiert Folgen des rechtsextremen Terrors

# „Anschlag auf den Kern unseres Staates“

Der rechtsextremistisch motivierte Terror von Hanau, bei dem neun Menschen mit Migrationshintergrund erschossen wurden, erschüttert Deutschland. Der Bundestag nahm dies zum Anlass, um darüber zu diskutieren, welche Konsequenzen im Kampf gegen Hass und Hetze gezogen werden müssen. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble fordert Aufrichtigkeit, Selbstkritik und entschlossenes Handeln von der Politik: „Das sind wir den Ermordeten von Hanau schuldig.“



Ralph Brinkhaus, der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, erläuterte die Dimension des rechtsextremen Attentats und bezog sich dabei auch auf die Verbrechen des NSU, auf den Mord an Regierungspräsident Walter Lübcke sowie auf den antisemitischen Terrorakt von Halle: „Der Anschlag von Hanau war daher nicht nur ein Angriff auf wehrlose Menschen. Es war ein Anschlag auf den Kern unseres Staates, auf unsere Sicherheit – und nicht nur derjenigen, die ermordet wurden –, und damit auf die Freiheit eines jeden von uns. Und damit sind all die Anschläge, die wir in den vergangenen Jahren betrauert haben, nichts anderes als Anschläge auf unsere Demokratie.“ Auch wenn die Gefahr des Extremismus durch links oder durch den Islamismus nicht unterschätzt werden darf, so Brinkhaus weiter, sei eines ganz deutlich geworden: „Der Feind unserer Demokratie steht in diesen Tagen rechts – und nirgendwo anders.“

Bundesinnenminister Horst Seehofer erläuterte, dass die Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern bereits zahlreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht habe, um den Rechtsextremismus zu bekämpfen: Dazu gehören unter anderem das Aufstocken des Personals der Sicherheitsbehörden, das Gesetz gegen Hass im Netz, das auf den Weg gebracht wurde, das Verbot rechtsextremer Gruppen wie „Combat 18“ sowie die Verschärfung des Waffenrechts. Seehofer fasste zusammen, dass eine wehrhafte Demokratie nötig sei: „Dazu brauchen wir mutige Demokraten, aber dazu brauchen wir auch und vor allem einen starken Staat, wenn es um den Schutz unserer freiheitlichen Grundordnung geht.“

Die stellvertretende Unions-Fraktionschefin Katja Leikert wurde für den Wahlkreis Hanau in den Bundestag gewählt. Sie dankte den Helfern vor Ort und berichtete: „Über unserer Stadt liegt ein Schleier der Trauer.“ Dennoch stehe nicht nur Hanau in diesen Tagen fest zusammen: „Wir werden nicht zulassen, dass Hass unsere Gesellschaft spaltet.“



## Spahn gibt Regierungserklärung zum Coronavirus ab

# Sicherheit der Bevölkerung geht vor

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hat die Menschen darauf eingestimmt, dass der Höhepunkt der Corona-Epidemie in Deutschland noch nicht erreicht ist. In einer Regierungserklärung vor dem Bundestag sagte Spahn, es könne phasen- und stellenweise zu „Stress im System“ kommen. Daher rief er die Bürger zu Besonnenheit auf. „Mit kühlem Kopf können wir die Herausforderungen am besten bewältigen.“

**CORONAVIRUS**

**+++Ausbreitung eindämmen+++**

- Regelmäßig & intensiv Hände waschen
- Husten & Niesen in die Armbeuge
- Keine Hände schütteln
- Abstand halten

☎ bei Symptomen 116 117 anrufen ☎

© Bundesregierung

Die Gesundheitseinrichtungen müssten sich in einer „möglichen nächsten Stufe“ der Epidemie auf Patienten mit schweren Verläufen konzentrieren, sagte Spahn. Planbare medizinische Eingriffe würden dann verschoben. Patienten mit leichten Symptomen des Coronavirus müssten sich zu Hause auskurieren. Es werde auch

weitere Einschränkungen im Alltag geben, wenn noch häufiger als bisher Schulen zeitweise geschlossen und Großveranstaltungen abgesagt werden müssten. Es gelte aber der Grundsatz: „Die Sicherheit der Bevölkerung geht im Zweifel vor – auch vor wirtschaftlichen Interessen.“

Spahn verkündete, dass seit Mittwoch ein Ausfahrverbot für Schutzkleidung wie Atemmasken, Handschuhe oder Schutzanzüge bestehe. Diese werde in erster Linie für die Arbeit in den Kliniken und Praxen benötigt. Der Minister stellte auch die Frage nach internationalen Lieferketten und einseitigen Abhängigkeiten bei Medizinprodukten. Unionsfraktionsvize Georg Nüßlein sagte in der Debatte: „Wir müssen die Unabhängigkeit wiederherstellen. Wir müssen uns europäisch aufstellen.“

„Für uns als Gesellschaft ist die aktuelle Lage eine große Herausforderung“, sagte der Gesundheitsminister. Er habe aber „großes Vertrauen in unsere Experten, Ärzte und Pfleger“, denen er für ihre aufopferungsvolle Arbeit dankte. Für die Politik gelte ein Dreiklang aus wissenschaftlicher Expertise, sorgsamer Abwägung und entschlossenem Handeln. „Wir analysieren die Lage laufend und stellen auftretende Probleme so schnell wie möglich ab.“

→ [Aktuelles von der Bundesregierung zum Coronavirus in Deutschland finden Sie hier: https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/coronavirus-1725960](https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/coronavirus-1725960)



## Düngerordnung

# Wir kämpfen für unsere Bauern

„Wir wollen auch weiterhin eine gute Trinkwasserqualität, auf wissenschaftlicher Basis“, sagt Anja Weisgerber in ihrer aktuellen Videobotschaft. In unzähligen Gesprächen, Briefen und Telefonaten setzt sie sich schon seit Monaten beim Thema Düngerordnung für die berechtigten Anliegen der Landwirtschaft ein. Die Entscheidung über die Düngerordnung liegt jetzt allerdings beim Bundesrat. Der Bundestag ist an dem Verfahren nicht beteiligt.



„Trotzdem kämpfen wir weiter für unsere Bauern und für eine gute Trinkwasserqualität. Das wichtigste ist dabei, dass es eine wissenschaftlich fundierte Basis gibt. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass das Messnetz von den Bundesländern überprüft und erweitert wird“, so die Abgeordnete weiter. Bayern geht dabei – wie gefordert – mit gutem Beispiel voran.

„Seit Monaten stehen wir in einem sehr intensiven Austausch mit den Landwirten und erreichen auch etwas für sie. Wir brauchen dazu auch keinen Antrag der Opposition, der uns dazu auffordert, sondern wir machen einfach, unaufgefordert. Das ist weniger medienwirksam, aber bringt tatsächliche Resultate. Die CSU setzt sich seit jeher für die Interessen der Bauern ein. Wer mich persönlich kennt, weiß: Ich kämpfe für die Bauern und für eine gute Trinkwasserqualität. Und das werde ich auch weiterhin tun, mit meiner ganzen Kraft“, betont Weisgerber.

→ Die Videobotschaft zur Düngerordnung und zu den Messstellen können Sie hier anschauen: <https://youtu.be/wydQMjeWNFw>

## Besuch bei Rügamer Kräuterverarbeitung

Betriebsbesichtigung bei der Firma Rügamer Kräuterverarbeitung in Schwebheim: Das Unternehmen steht seit Jahren für beste Qualität im Bereich des Handels und der Verarbeitung von Gewürzen, Tees und Trockenfrüchten. Bürgermeister Volker Karb, Landratskandidat Lothar Zachmann, Anja Weisgerber und die Geschäftsführung haben sich über die Herausforderungen in der Lebensmittelbranche ausgetauscht. Auch das Thema Klima wurde angesprochen. Hier freut es Anja Weisgerber sehr, dass rund 50 Prozent des benötigten Stroms bereits über die firmeneigene Photovoltaikanlage erzeugt werden.





## Bundestag diskutiert Finanzierung

# Ganztagsbetreuung für Grundschüler

Immer mehr Familien wollen beides: Eine optimale Betreuung für die Kinder, aber auch ausreichend zeitliche Flexibilität, damit sich beide Elternteile beruflich verwirklichen können. Doch die Realität sieht viel zu oft noch anders aus: Die Kinder kommen mittags hungrig nach Hause, die Hausaufgaben müssen noch erledigt werden, genau wie die Fahrt zur Nachhilfe oder zum Sportverein.

Viele berufstätige Eltern wünschen sich eine umfassende Betreuung für ihren Nachwuchs. Was bei Kita-Kindern schon gelungen ist, soll nun auch für Grundschüler umgesetzt werden: Mit dem „Gesetz zur Errichtung des Sondervermögens zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter“ (kurz: Ganztagsfinanzierungsgesetz), über das der Bundestag beraten hat, soll eine umfassende Betreuung für die jüngsten Schüler auf den Weg gebracht werden.

Dabei sollen aber nicht nur gebundene Ganztagschulen, sondern auch andere Angebote gefördert werden – wie offene Grundschulen und Hortbetreuungen. Dafür will der Bund Ländern und Kommunen in diesem und im nächsten Jahr insgesamt 2 Milliarden Euro zur Verfügung stellen.



Bundesbildungsministerin Anja Karliczek wies darauf

hin, dass Deutschland ein Land sei, in dem „Innovation nicht nur technische Innovation ist, sondern auch gesellschaftliche Modernisierung“. Gerade für international tätige Arbeitnehmer wäre ein Angebot der Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder heutzutage selbstverständlich. Man müsse sich fragen, ob wir für Menschen aus aller Welt, die bei uns arbeiten wollen, attraktive Rahmenbedingungen schaffen wollen.

Nadine Schön, die stellvertretende Vorsitzende der Unions-Bundestagsfraktion, erläuterte, dass der Grundsatz der Familienpolitik der CDU/CSU die Wahlfreiheit sei – das heißt, „Familien können ihren Tag gestalten, wie sie wollen, und sie bekommen dafür die besten Rahmenbedingungen“.



## Klimabeauftragte Weisgerber besuchte BELECTRIC in Kolitzheim

# Sonnenseite der Energiegewinnung

„Bayern ist das Sonnenland“, betonte Anja Weisgerber, Klimaschutzbeauftragte der Unionsfraktion im Bundestag, bei einem Besuch der Firma BELECTRIC Solar & Battery in ihrem Wahlkreis in Kolitzheim. Begleitet wurde die Abgeordnete von Kolitzheims Bürgermeister Horst Herbert, Landratskandidat Lothar Zachmann und einigen Kreistagskandidaten. Bei 1700 Sonnenstunden im Jahr sei es sinnvoll die Potentiale zur Energiegewinnung noch besser zu nutzen, sagte Weisgerber: „Wir haben das Ziel 65 Prozent Erneuerbare Energien bis 2030 zu erreichen und die Photovoltaik ist dabei ein wichtiger Baustein.“ Die Energiewende müsse dabei vor Ort in den Kommunen beginnen.

Unter der Überschrift „Von Kolitzheim aus in die Welt“ stand die Unternehmenspräsentation durch Ingo Alphéus, Vorsitzender der Geschäftsführung der BELECTRIC Solar & Battery. Die Sonnenstromerzeugung sei von hier aus maßgeblich beeinflusst worden, bekräftigte auch Martin Zemsch, Chief Customer Officer (CCO) der Firma. Das Unternehmen ist weltweit in der Entwicklung und im Bau von Freiflächen-Solarkraftwerken, PV-Dachanlagen und Energiespeichersystemen aktiv und gilt als Weltmarktführer im Bereich der Systemintegration. BELECTRIC hat über 400 Freiflächen-Solarkraftwerke mit rund 2,3 Gigawatt Peak Photovoltaikleistung schlüsselfertig errichtet. Hinzu kommen Batteriespeicher und Hybridsysteme, die verschiedene Technologiekomponenten zu autarken Systemen kombinieren.



Landratskandidat Lothar Zachmann sprach sich dafür aus, dass mehr Dachflächen mit Solaranlagen ausgestattet werden. „Hier müssen die Kommunen mit gutem Beispiel vorangehen“, betonte er und forderte die verstärkte Installation entsprechender Module auf Kreiseinrichtungen. Zentral wurde in der Runde die Frage diskutiert, welche Regelungen notwendig sind, um größere Solaranlagen auch in der Fläche einfacher realisieren zu können, ohne dabei gleichzeitig riesige Mega-Solarparks auf besten landwirtschaftlichen Böden entstehen zu lassen, wie dies in Kolitzheim vor geraumer Zeit mit 130 Hektar von einem nicht hier ansässigen privaten Investor in den Raum gestellt wurde. In Kolitzheim hat der Gemeinderat bereits im Jahr 2008 die Regelung beschlossen, zwei Solaranlagen pro Gemarkung bei maximal fünf Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche zuzulassen.

Landratskandidat Lothar Zachmann sprach sich dafür aus, dass mehr Dachflächen mit Solaranlagen ausgestattet werden. „Hier müssen die Kommunen mit gutem Beispiel vorangehen“, betonte er und forderte die verstärkte Installation entsprechender Module auf Kreiseinrichtungen. Zentral wurde in der Runde die Frage diskutiert, welche Regelungen notwendig sind, um größere Solaranlagen auch in der Fläche einfacher realisieren zu können, ohne dabei gleichzeitig riesige Mega-Solarparks auf besten landwirtschaftlichen Böden entstehen zu lassen, wie dies in Kolitzheim vor geraumer Zeit mit 130 Hektar von einem nicht hier ansässigen privaten Investor in den Raum gestellt wurde. In Kolitzheim hat der Gemeinderat bereits im Jahr 2008 die Regelung beschlossen, zwei Solaranlagen pro Gemarkung bei maximal fünf Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche zuzulassen.



## EU-Kommission hat Entwürfe für europäisches Klimagesetz vorgelegt Zielerreichung muss machbar bleiben



Die EU-Kommission hat am Mittwoch ihren Entwurf für ein europäisches Klimagesetz vorgelegt. Dazu hat Anja Weisgerber, Beauftragte für Klimaschutz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Stellung genommen:

„Wir sind für ambitionierte Ziele beim Klimaschutz, aber sie müssen auch realistisch und machbar bleiben. Klimaschutz kann und muss ein Turbo für die Wirtschaft sein. Wir wollen aber auch Industrienation bleiben und Arbeitsplätze in Europa halten. Deshalb plädieren wir für ein EU-Ziel von 50 Prozent CO<sub>2</sub>-Einsparung bis 2030, statt der bisher geplanten 40 Prozent. Schon diese Anhebung ist sehr ehrgeizig und hat große Auswirkungen auf die Wirtschaft. Es ist gut, dass das Ziel auf EU-Ebene noch nicht festgelegt ist. Denn bei der Zielfestlegung muss auch auf eine faire Lastenverteilung innerhalb Europas geachtet werden. Deutschland geht mit seinem Ziel von 55 Prozent CO<sub>2</sub>-Einsparung bis 2030 schon ambitioniert voran.“

Was wir von der EU jetzt brauchen, sind die weltbesten Rahmenbedingungen für die Entwicklung neuer Technologien wie z.B. Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe sowie eine Ausweitung des Europäischen Emissionshandels auf die Sektoren Wärme, Verkehr sowie den Schiffsverkehr. Eine reine Diskussion über die Zielerreichung, ohne eine faire Lastenverteilung zwischen den Mitgliedsstaaten, spart kein Gramm CO<sub>2</sub> ein. Dafür brauchen wir die Umsetzung der Maßnahmen im European Green Deal. Klimaschutz funktioniert nur mit den Menschen und wenn die EU-Mitgliedsstaaten mitziehen. Deshalb müssen die EU-Mitgliedsstaaten wie bisher an der Festlegung der Ziele beteiligt werden.“

Was wir von der EU jetzt brauchen, sind die weltbesten Rahmenbedingungen für die Entwicklung neuer Technologien wie z.B. Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe sowie eine Ausweitung des Europäischen Emissionshandels auf die Sektoren Wärme, Verkehr sowie den Schiffsverkehr. Eine reine Diskussion über die Zielerreichung, ohne eine faire Lastenverteilung zwischen den Mitgliedsstaaten, spart kein Gramm CO<sub>2</sub> ein. Dafür brauchen wir die Umsetzung der Maßnahmen im European Green Deal. Klimaschutz funktioniert nur mit den Menschen und wenn die EU-Mitgliedsstaaten mitziehen. Deshalb müssen die EU-Mitgliedsstaaten wie bisher an der Festlegung der Ziele beteiligt werden.“

## Blaulichtempfang der CSU Schweinfurt-Land

Die CSU Schweinfurt-Land mit Landratskandidat Lothar Zachmann und Staatssekretär Gerhard Eck luden zu einem „Blaulichtempfang“ nach Geldersheim ein.

Mit dem Empfang will die CSU klar zum Ausdruck bringen, dass wir hinter Polizei, Feuerwehr, THW und den Rettungsdiensten stehen und sie unterstützen. Im Hauptamt wie auch vor allem im Ehrenamt.





## CSU-Fraktion im Landtag will Vereine entlasten

# Ehrenamts-Flatrate für GEMA-Gebühren

Wenn bei ehrenamtlichen Veranstaltungen Musik gespielt wird, fallen häufig hohe GEMA-Gebühren an. Die geplante Musikknutzung muss im Vorfeld bei der Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte angemeldet werden. Die Abwicklung und die verschiedenen Tarife sind für Laien sehr kompliziert. Mit einem Ende Februar im Landtag eingebrachten Antrag setzt sich die CSU-Fraktion gemeinsam mit den Freien Wählern dafür ein, dass dieses Procedere vereinfacht und Nutzungsgebühren mit Pauschalverträgen bezahlt werden können.

Dazu Abgeordneter Steffen Vogel, der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Aktive Bürgergesellschaft und Ehrenamt: „Wir wollen die Urhebervergütung für die musikalische Begleitung von Vereinsfesten und ähnlichen Veranstaltungen pauschal mit einer Ehrenamtsflatrate abwickeln. Ähnlich konnten das bereits große Dachorganisationen mit GEMA-Pauschalverträgen für ihre Mitgliedsverbände regeln. Es kann nicht sein, dass kleine Vereine selbst bei Benefizaktionen kräftig zur Kasse gebeten werden. Deshalb bringen wir nach 2018 einen weiteren Antrag auf den Weg, um unsere engagierten Ehrenamtlichen noch besser von den GEMA-Gebühren und dem verbundenen Verwaltungsaufwand zu entlasten.“

Es sei richtig, dass Interpreten geschützt und für ihre Musik bezahlt werden. Die CSU-Fraktion sei jedoch nicht gegen die Urheberrechte, aber möchte darauf einwirken, dass sie fair und unbürokratisch angewendet werden. „Unser Ehrenamt ist für das gesellschaftliche Leben in Bayern unverzichtbar. Wir wollen unnötige Hürden für die Brauchtumpflege, Sportvereine, Feuerwehren, die Jugend- und Integrationsarbeit und sonstige Initiativen abbauen“, so Vogel.





## Anja Weisgerber und Lothar Zachmann zu Gast im Weingut Geßner

# „Politik und Wein“ in Garstadt

„Der Weinbau ist in Franken ein Wirtschaftsfaktor. Nicht nur durch den Absatz von Wein, sondern auch durch das Gastgewerbe und den damit verbundenen Tourismus“, erläuterte Anja Weisgerber bei der Veranstaltung „Politik und Wein“ im Weingut Geßner in Garstadt. Deshalb sei es wichtig, dass die Politik hier gute Rahmenbedingungen setzt.

Von der Qualität im Landkreis Schweinfurt produzierter Weine konnten sich die Gäste bei einer Kellerführung und der anschließenden Diskussion selbst überzeugen. Dabei ist das Weingut Geßner nicht nur ein Beispiel für guten Wein, so Lothar Zachmann. Vor zehn Jahren baute der Betrieb an – eine Vinothek, einen Keller und ein Lager. Trotz der beengten Lage vor Ort entschied sich das Unternehmen damals bewusst dafür, im Altort von Garstadt zu bauen. Zur großen Freude von Lothar Zachmann.

Für ihn ist Innenentwicklung ein zentrales Thema. „Leerstehende Ortskerne führen zu ungenutzten Wasser- und Abwasserleitungen, die unterhalten werden müssen und den Bürger finanziell belasten“, sagt Zachmann. Zudem wirke das Ortsbild dann unattraktiv und der Wert aller Immobilien in den Ortskernen sinke. Dieses negative Bild strahlt laut dem Landratskandidaten allerdings insgesamt aus, sodass auch die Immobilien in den Neubaugebieten im Wert sinken. Deshalb ist Innenentwicklung eine der zentralen Forderungen der CSU-Kreistagsfraktion.

Bereits 2017 folgte der Kreistag einem Antrag der CSU-Fraktion und setzt seither das Innenentwicklungskonzept um. In den Ortskernen aller 29 Gemeinden des Landkreises wird Bauherren



nun die kostenlose Beratung eines Architekten angeboten. Friedel Heckenlauer, Vorsitzender der CSU-Fraktion im Kreistag erläutert: „Als herausragend für den Erfolg unseres Antrages betrachten wir die finanzielle Begleitung der Bauherren in den Altorten.“ Deren Mut zur Schaffung attraktiver Ortskerne dürfe nicht an hohen Abriss- und Entsorgungskosten scheitern. Daher hat die CSU eine Abriss- und Entsorgungsförderung für Gebäude in den Ortskernen auf den Weg gebracht.

...



Besonders wichtig beim Thema Innenentwicklung ist Lothar Zachmann der Blick auf junges Wohnen. Vor allem Singles und junge Paare möchte er dabei in den Fokus rücken: „Junge Menschen sollen in ihrer Heimatgemeinde ihre erste Wohnung finden können.“ Ebenso wichtig ist dem 52-Jährigen allerdings das altersgerechte Wohnen: „Für ältere Menschen, die nicht mehr so mobil sind, bieten sich Innenortslagen besonders an“, so Zachmann: „Deshalb muss

auch diese Gruppe beim Thema Innenentwicklung unbedingt besondere Berücksichtigung finden.“

## Korrosionsschutz aus Kitzingen

Betriebsbesuch bei der Firma Steelpaint in Kitzingen, zusammen mit Kitzingens Bürgermeister Stefan Güntner und Timo Markert, Landratskandidat in Kitzingen. Das Unternehmen ist weltweit tätig und produziert hochwertige Beschichtungen zum Schutz vor Korrosion. Hauptanwendungsgebiete sind der Schiffs-, Stahlwasser- und Hochbau. „Es ist immer wieder erstaunlich, welche leistungsfähigen Unternehmen in meinem Wahlkreis zu Hause sind“, so Anja Weisgerber.



## Klimaschutz und Artenvielfalt Hand in Hand



Das Unternehmen N-ERGIE stattet seine Solar-Kraftwerke mit Insektenhotels aus. Zum Auftakt wurden drei Insektenhotels in Schweinfurt-Oberndorf der Öffentlichkeit vorgestellt – zusammen mit Oberbürgermeister Sebastian Remelé und Bergheimfelds 2. Bürgermeister Dieter Wagner. Die Insektenhotels bieten aufgrund unterschiedlicher verarbeiteter Materialien Platz für zahlreiche Insektenarten – etwa für seltene Wildbienen, Mauerwespen sowie

Nützlinge wie Florfliege und Ohrwürmer. Gefertigt werden die Kästen in der Werkstatt der Lebenshilfe Hammelburg.



## Wahlkampf-Endspurt

Am 15. März 2020 werden in Bayern alle Gemeinderäte, Stadträte und Kreistage neu gewählt. Zugleich finden in den Landkreisen sowie in vielen Städten und Gemeinden die Wahlen zum Landrat, Oberbürgermeister bzw. Bürgermeister statt. Hier einige Eindrücke aus dem Wahlkreis beispielhaft für alle Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer, die dieser Tage unterwegs sind:



Haben Sie Fragen oder Anregungen?

Ich freue mich über Ihren Brief, Ihre E-Mail oder Ihren Anruf.

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

D-11011 Berlin

Tel.: 030 227-79344

Fax: 030 227-76343

E-Mail: [anja.weisgerber@bundestag.de](mailto:anja.weisgerber@bundestag.de)

Wahlkreisbüro Schweinfurt-Kitzingen

Karl-Götz-Str. 17

D-97424 Schweinfurt

Tel: 09723 934370

Fax: 09723 934385

E-Mail: [anja.weisgerber@bundestag.de](mailto:anja.weisgerber@bundestag.de)

→ Klicken Sie auf die Symbole, und Sie gelangen zu meinen Profilen auf den sozialen Medien.

